



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

<b>gemeinsamer Antrag</b> öffentlich <b>Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> <b>SPD-Fraktion</b>	Drucksachen-Nr.: <b>21-3457</b>
	Datum: 09.05.2022
	Aktenzeichen: 123.30-04/0004

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	12.05.2022

## **Fußverkehr besser schützen - Rechte von Fußgänger\*innen stärken!** **Gemeinsamer Antrag von GRÜNE- und SPD-Fraktion**

Sachverhalt:

Um die Mobilitätswende in unserem Bezirk weiter zu fördern und vor allem den Fußverkehr nicht zu kurz kommen zu lassen, bedarf es auch der stärkeren Nutzung bereits vorhandener Instrumente, die dieses Anliegen stärken.

Im Augenblick liegt der Fokus in den bestehenden Straßen stark auf einer durch Kraftfahrzeuge geprägten Infrastruktur. Der fahrende und ruhende Kfz-Verkehr prägt den Verkehrsraum. Mobilität wird somit auf der einen Seite durch Geschwindigkeit, auf der anderen Seite durch Platzverbrauch geprägt - und zwar hauptsächlich zu Lasten des Fußverkehrs. Eine Fußverkehrsgestaltung, die den Menschen entgegenkommt, braucht nicht nur den nötigen Raum, sie braucht auch Sicherheit – diese muss auch physisch verdeutlicht werden.

In jedem Wohnumfeld sind wir alle zuerst Fußgänger\*innen. Wir bewegen uns direkt dort, wo wir leben, meist zu Fuß. Die Verkehrswege in den Wohngebieten sind aber keinesfalls auf Fußgänger\*innen, sondern auf den rollenden Verkehr ausgerichtet. Fußwege enden regelmäßig an der Fahrbahn. Der Fußverkehr muss dann den sicheren Bereich verlassen und die Fahrbahn betreten. Das bedeutet nicht nur ein erhöhtes Gefahrenpotenzial, es ist auch unkomfortabel. Insbesondere Menschen mit Handicap werden dadurch benachteiligt.

Es gibt nur wenige mustergültige Querungen und selbst die bestehenden Querungshilfen bieten nicht allen Menschen den nötigen Schutz. Wir möchten Einmündungen bei Umbau und Neubau von Straßen - wo immer diese in eine Vorfahrtsstraße einmünden - als Gehwegüberfahrten ausbilden. Diese sollen eine Bevorrechtigung des Fußverkehrs nach sich ziehen und somit den Schutz der schwächsten aller Verkehrsteilnehmer\*innen deutlich erhöhen. Der augenblickliche

Status ist das Ergebnis eines langen Zeitraumes, in dem der Blick der Verkehrsplaner\*innen vordringlich auf dem rollenden Autoverkehr lag. Mobilität darf aber nicht nur auf Rädern gedacht werden, so dass der Fußverkehr dabei an den Rand gedrängt wird.

Petition/Beschluss:

Der Bezirksamtsleiter setzt sich dafür ein, dass bei allen Verkehrsplanungen von Einmündungen in Vorfahrtsstraßen regelhaft die Bildung von Gehwegüberfahrten geprüft und wo möglich umgesetzt wird.

Für die SPD-Fraktion  
Angelika Bester  
Thomas Domres  
Sebastian Haffke

Für die Grüne Fraktion  
Timo B. Kranz  
Thorsten Schmidt  
Christoph Reiffert

Anlage/n:

Keine